



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

16. Juni 2006

Uwe Schummer, MdB, Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag fordert

### **Sofortprogramm: Ein Sommer für die Ausbildung**

Die Ausbildungssituation ist dramatisch. Trotz der Wende am Arbeitsmarkt steigt die Ausbildungsplatzlücke. Sie ist derzeit bundesweit mit 220.100 um 35.100 größer als im Vorjahr. Aktuell sind mit Stand Ende Mai 2006 354.545 Ausbildungsstellenbewerber noch nicht vermittelt. Davon sind 35,2 Prozent (124.777) mit Hauptschulabschluss und 5,3 Prozent (18.695) ohne Schulabschluss.

Damit im September jeder Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommt stehen Wirtschaft und Politik im Wort. Es ist gut, dass mit der Merkel-Regierung die Berufsausbildung wieder Chefsache im Kanzleramt und nicht nur Aufgabe der nachgeordneten Ministerien ist.

Um das Ziel, jedem ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten, zu erreichen, braucht der Ausbildungspakt eine neue Dynamik. Im Sommer müssen alle Akteure der Berufsbildung eng zusammenwirken, damit die Zahl der Ausbildungsplätze zunimmt und die Ausbildungsplatzgarantie endlich wieder eingehalten wird. Hierzu ist das Sofortprogramm „Ein Sommer für die Ausbildung“ ein Beitrag.

**PRESSSEMITEILUNG**



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

### **Sofortprogramm: Ein Sommer für die Ausbildung**

*Der Ausbildungspakt bedarf der Ergänzung vieler betrieblicher Bündnisse für mehr Ausbildung.*

Darauf haben sich Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei der Berufsbildungsrechtsnovelle 2005 in einem gemeinsamen Entschließungsantrag geeinigt. Die Tarifpartner sind aufgefordert, ausbildungsfördernde Vereinbarungen zu treffen und die Flexibilität bei den Ausbildungsvergütungen, die heute schon möglich ist, zu nutzen.

*Betriebe und Verwaltungen dürfen nicht nur auf „olympiareife“ Jugendliche warten.*

Wie sie in Maschinen investieren, müssen sie auch in Menschen investieren und in deren Perspektiven. Nach Angaben der Kammern sind 23 Prozent der Jugendlichen nicht „ausbildungsreif“. Hier brauchen Ausbildungsbetriebe Unterstützung. Die Zeit in der Berufsschule muss intensiver genutzt werden. Der Berufsschulunterricht ist auf einen Tag zu konzentrieren und durch Blockzeiten effizienter zu gestalten. Dabei ist der Ganztagsunterricht bis 17 Uhr eine wichtige Voraussetzung, um bei Auszubildenden mit Defiziten Förderunterricht in Rechnen, Schreiben und Lesen anzubieten. Das Ziel muss sein, innerhalb des ersten Ausbildungsjahres die Defizite abzubauen.

*Für diesen Sommer bedarf es flächendeckender Ausbildungsbörsen an den Schulen.*

An den Ausbildungsbörsen wirken die Kammern, die Arbeitsagenturen und Kommunen sowie die Berufsberatung mit. Es sollte ein „Profiling“ für Bewerber erfolgen sowie die Vorstellung

**PRESSMITTEILUNG**



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

möglichst vieler Berufsbilder. Wichtig ist, dass alle  
Arbeitsmarktinstrumente für Ausbildung geöffnet werden.

*In diesem Sommer „einen Tag der Ausbildung“ beim  
Freitagsgebet in der Moschee.*

Jeder zweite Jugendliche mit türkischem Hintergrund droht ohne  
Ausbildung zu bleiben. Gleichzeitig liegt die Ausbildungsquote von  
türkisch-deutschen Unternehmen bei 15 Prozent. Im Durchschnitt  
liegt sie bei 23 Prozent. Ausbildung ist die Voraussetzung für  
Integration. Deshalb sollte auch beim Freitagsgebet über den Wert  
der beruflichen Ausbildung für Unternehmer und für Arbeitnehmer  
informiert werden. Hierbei haben die Kammern, die Berufsberatung,  
die Kommunen und die Politik die Imame zu unterstützen.

*Auszubildende bei arbeitsrechtlichen Schwellenwerten  
ausnehmen.*

Die Schaffung von Ausbildungsplätzen sollte nicht dazu führen, dass  
in den Betrieben zusätzliche Reglementierungen entstehen.

*Bei allen öffentlichen Ausschreibungen von Bund, Ländern  
und Kommunen sollte auch nach der Ausbildungsleistung  
gefragt werden.*

Ausbildung muss in Deutschland wieder zum guten Ton gehören.  
Ausbildungsleistung muss sich lohnen.

**PRESSMITTEILUNG**



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

*Die Mittel für überbetriebliche Berufsbildungsstätten werden im aktuellen Haushalt um vier Mio. Euro auf 29 Mio. Euro erhöht.*

Sie sind wichtige Verbundpartner und Kompetenzzentren für kleinere und mittlere Betriebe. Mit über 800 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten sind sie in Deutschland flächendeckend vertreten. Sie müssen nun verstärkt mit den Kammern und den Arbeitsagenturen bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze helfen, in dem sie Leistungen anbieten, die von kleinen Unternehmen nicht erbracht werden können.

Die Regierungsfractionen haben ihren Antrag „Neue Dynamik für Ausbildung“ (Drs. 16/ 543) in den Deutschen Bundestag eingebracht. In diesem Antrag sind zentrale mittelfristige Forderungen, um dem Ausbildungspakt eine neue Dynamik zu geben.

**PRESSSEMITEILUNG**